

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/4 Sgr. Insektionsgebühr für den
Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift
1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmahl
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

No. 46. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag den 27. Januar 1860.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 26. Jan. Vorm. Der heutige „Constitutionnel“ sagt: Wir können die nachfolgenden Maßnahmen, als Folge des vom Kaiser festgestellten Programmes und des Handelsvertrages mit England mittheilen: Mit dem 1. Juli 1860 wird der Eingangszoll auf Baumwolle und Wolle aufgehoben. Bei Steinkohlen und englischen Coaks tritt der für Belgien geltende Tarif in Kraft. Mit dem 1. Okt. 1860 wird der Eingangszoll für Eisen auf 7 Franken festgesetzt. Vom 31. Dezember 1860 ab soll der Eingangszoll auf Maschinen ermäßigt werden, desgleichen vom 1. Januar 1861 ab der Eingangszoll auf Zucker. Mit dem 1. Juni 1861 wird das Einfuhrverbot auf hanfene Garne und Gewebe aufgehoben und durch eine Eingangsteuer ersetzt, welche 30 pCt. nicht übersteigen soll. Alle übrigen Einfuhrverbote hören mit dem 1. Oktober 1861 auf.

Frankfurt a. M., 26. Januar Nachmittags. In der heutigen Bundestagsitzung erklärte sich Preußen in Bezug auf die Küstendefestigung in ähnlichem Sinne, wie am 17. Dezember v. J. Die Bundesversammlung acceptierte im Sinne dieser Erklärungen den Antrag des Militäranschlusses.

Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 24. Januar. Beträchtliche Massen marokkanischer Truppen haben gestern die im Bau vorgeschrittene Redoute am Martinsflusse angegriffen. Einige Bataillone der Division Rio und des zweiten Corps nebst zwei Escadronen Cavallerie haben den Feind zurückgeschlagen. Die Infanterie, welche Quarrées formirt hatte, hat dem ungestümen Angriffe der feindlichen Cavallerie widerstanden. Unsere Cavallerie, die sofort einen Angriff gemacht, hat sich einer Fehle bemächtigt. Der Feind hat sehr beträchtliche Verluste erlitten in Folge des sumpfigen Terrains und der wohlgezielten Schüsse der spanischen Artillerie. Unser Verlust ist unbedeutend.

Preußen.

Berlin, 26. Janar. [Amtlich es.] Der Stadtrichter Kaupisch in Breslau und der Kreisgerichts-Rath Hienrich in Forst sind zu Rechts-Anwälten bei dem Stadtgericht in Breslau unter widerrücklicher Beilegung der Praxis bei dem Appellationsgericht und dem Kreisgericht daselbst, und zugleich auch zu Notarien im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung ihres Wohnsitzes daselbst ernannt worden. Der Intendantur-Sekretär Schäffer ist zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator im Kriegsministerium ernannt worden. (St.-Anz.)

P. B. In dem Befinden Sr. Maj. des Königs ist seit einigen Tagen eine entschiedene Besserung eingetreten. Wenn es die Witterung gestattet, sieht man Se. Majestät die Ausführung der von ihm selbst entworfenen Anlagen in Kießlüt bei Sanssouci in Augenchein nehmen.

Der Jahrestag der Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen wird heute durch ein Galadiner bei Sr. k. h. Hohheit dem Prinz-Regenten und die bereits gestern angekündigte Soiree bei Lord Bloomfield gefeiert. Der Grund, weshalb der Ball abgesagt wurde, liegt darin, daß die Mitglieder der königlichen Familie, welche heute bei Lord Bloomfield erscheinen werden, für diesen Winter überhaupt keinen Tanzfestlichkeiten beizubehalten. Das Programm zu dem Konzert ist ein außerordentliches und besteht aus folgenden Piecen: Venetianisches Gondellied von Mendelssohn-Bartholdy, gesungen von Hrn. Bowersky; Air de Torquato Tasso de Donizetti, ges. von Mad. Saemann de Paez; Fantaisie sur la mnette de Portici pour Pianoforte de Thalberg, von Sgr. Nacciarone; Lied von C. M. v. Weber, ges. von Bowersky; Suleika, Duettino von Felix Mendelssohn-Bartholdy, ges. von Mad. Saemann de Paez und Herrn Bowersky; Fantaisie sur des motifs napolitains, von Sgr. Nacciarone. Die Begleitung auf dem Piano hat Herr Eduard Ganz übernommen.

P. B. Der erste Bericht der Petitions-Commission umfaßt sechszehn Petitionen, über welche alle der Uebergang zur Tagesordnung anempfohlen wird. Der Vollständigkeit wegen wollen wir den Inhalt einer jeden Petition anführen.

1. Der frühere Goldarbeiter Otto Rudolph Viber zu Danzig und 4 seiner Kinder, wegen Mißscheidung zur Zuchthausstrafe verurtheilt, beschwert sich über die ihm und seinen Kindern widerfahrte Umwandlung der Zuchthaus- in Gefängnisstrafe und bittet, daß das Haus sich bei Sr. k. h. Hohheit dem Prinz-Regenten für ihre völlige Begnadigung verwenden möge. 2. Der Häusler Traugott Schubert zu Goldbach bei Gertraud bittet, sein Gesuch um Konzeßion zur Anlage einer Schank- und Gastwirthschaft zu Goldbach zu beschleunigen. 3. Der Hutmacher A. D. v. Varuf zu Bad Dönhaußen, verlangt erneut die Abstellung vermeintlicher Mängel in der Badeverwaltung. 4. Der Hauslehrer Runde zu Neu-Münsterberg wiederholt seinen bereits im vorigen Jahre eingebrachten Antrag auf Rehabilitirung durch Wiederanstellung im Lehramte. 5. Der Landwirth Rudolph Klein genügt seiner Militärpflicht bei der Erlaß-Schwadron des 1. Husaren-Regiments in Danzig. Bei derselben Schwadron steht ein Lieutenant von Morstein, der die ihm untergebenen Mannschaften unangemessen behandle und u. A. den 10. Klein mit einem scharfen Säbel in das Schienbein gehauen haben soll, daß der Verletzte zwei Monate lang lazarthaft gewesen ist. Die Angelegenheit ist dem General-Commando zur Untersuchung übergeben, der Klein hat noch nicht den gewöhnlichen Injunzenzug erschiedigt und der Uebergang zur Tagesordnung geboten. 6. Der Kaufmann Christoph Niebe in Neu-Gattersleben (Kreis Calbe) bittet um die ihm in allen Instanzen verweigerte Conzeßion zum Kleinhandel mit Getränten. 7. Der Wahlmann Wollmar in Ludaun will, daß alle königlichen Kassen im Besitze von Geldschränken seien, wie solche bei Buron, Fabian und Hauschild in Berlin angefertigt werden. 8. Des invaliden Artillerie-Unteroffiz. Mühlner zu Egelu Petition ist so unklar, daß die Commission sich nicht darans vernehmen konnte. 9. Der Wahlmann und Stadtverordnete Maus in Werder trägt auf die Errichtung von Fintelhäusern an. Furcht vor Schande oder Armut, meint Petent, noch öfter beide zugleich, seien die Motive des so häufig vorkommenden Kindermordes. Das Mittel, diesen zu verhüten, liege einzig nur darin, daß Anstalten vorhanden seien, welche neugeborene Kinder aufnehmen und für deren Erziehung sorgen, ohne aber der Entscheidung der Mutter nachzuforschen. Petent schlägt vor, daß die dem Fintelhause übergebenen Kinder nicht in demselben erzogen, sondern, unter der Controle der Anstalt, an rechtliche Familien gegen Entschädigung ausgegeben würden. — Die Commission ist nicht der Ansicht des Petenten; sie hält das Vorhandensein von Fintelhäusern für ein Symptom einer entsetzlichen Gesellschaft. 10. Der

Bädner Balczewit im Kreise Ruppin will, daß sein erneuter Antrag, seine Petition wegen Ertheilung einer Conzeßion zum Betriebe der Schank- und Gastwirthschaft in dem von ihm dazu angekauften Hause, auf welchem dieselbe bereits über 100 Jahre ruhe, dem Ministerium zur Berücksichtigung zu überweisen. 11. Der Magistrat und die Stadtverordneten zu Nordhausen beabsichtigen den Abbruch eines alten Thurmes, der baufällig ist und dessen Reparatur einen Kostenaufwand von 500 Thlr. verursachen würde. Dagegen erklärt sich das Ministerium, das den Thurm für einen charakteristischen Schmuck der Stadt hält, und also für ein Kunstdenkmal. Die Petitionscommission erklärt, daß die Behörden, welche sich für die Erhaltung des Schmuckes ausgesprochen haben, als ausschließlich competent erachtet werden müssen. 12. Der Kantor L. Meyer zu Hohenwarthe trägt darauf an, die Emanation eines Geheßes zu veranlassen, nach welchem

- 1) jeder Leichnam eines Ertrunkenen von Sachverständigen gehörig untersucht, und
- 2) ein solcher Leichnam in einem schlichten Sarge auf dem Gottesacker zur Ruhe bestattet werden soll.

13. Das Präsidium und der Ausschuß der naturforschenden Gesellschaft zu Görlitz beantragen: das Haus der Abgeordneten wolle das königliche Staatsministerium veranlassen, eine planmäßig vorschreitende, geognostische Durchforschung und Beschreibung der preussischen Monarchie ins Leben zu rufen. Die Kommission hat die Gemeinnützigkeit eines solchen Unternehmens nicht, und eben so wenig die Sorgfalt verkannt, welche die Petenten auf privatem Wege der geognostischen Durchforschung des ihnen zunächst liegenden Landes theils, ohne Zweifel in Förderung mannigfachen Nutzens bereits zugewendet haben. Gleichwohl befindet sie sich nicht in der Lage, den Wünschen der Petenten entsprechende Anträge stellen zu können.

14. Der Kreisbote Julius Lehming zu Brunzschwig bei Kottbus sucht um Vermittelung zur Erlangung des Verdienst-Chrenzeichens für Rettung aus Gefahr in zwei Fällen nach. — 15. Der Redakteur Th. Dölsner aus Breslau begehrt einige Abänderungen in der Fassung des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. Er sagt, das Vereinsgesetz habe schon wesentliche Fortschritte in das Praktische gemacht und schlage die Richtung auf die Assoziation in immer breiterer Ausdehnung ein. Es wirke heidend und heilsam in die nächsten Interessen des bürgerlichen und sozialen Lebens hinein. Solcher Entwicklung aber lege das erwähnte Gesetz wesentliche Erschwerungen in den Weg, vielleicht nicht in seinem Geiste, wohl aber seiner Fassung nach. Der Petent weist nun hin auf die Bestimmungen über öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und über Volksversammlungen, desgleichen über die Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen; auf die Verpflichtung der Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, Statuten und Mitgliederliste einzureichen, auf die Beschränkungen endlich, denen die Vereine unterliegen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Diese Bestimmungen ließen sämmtlich eine sehr dehnbare Auslegung zu, und beantragt deshalb der Petent, diese Mängel abzuändern, namentlich die Ausdrücke „öffentliche Angelegenheiten“, „politische Gegenstände“ und „bezwecken“ durch bestimmtere zu ersetzen, oder durch eine authentische Interpretation in ihrem Begriffe festzustellen, so daß nicht mehr jeglicher Verein, sondern nur der mit direktem und praktischem Einwirken auf das aktuelle Staatsleben sich befassende für einen „politischen“ erklärt werden könne, und zwar möge diese Erklärung oder Aenderung im Sinne der milderen Praxis und einer freien Entfaltung des Vereinswesens förderlich sein. Die Kommission empfiehlt nach einer mit Anziehung der betreffenden Kommissionsberichte über das in Rede stehende Gesetz motivirten Zurückweisung der Ausführungen des Petenten auch hier den Uebergang zur Tagesordnung, „ohne übrigens damit das Gesetz vom 11. März 1850 von allen sonstigen durch die Petition aber nicht berührten Mängeln freisprechen zu wollen.“

Am nächsten Dinstag um 12 Uhr wird wieder im Herrenhause eine Sitzung stattfinden. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über das ehe-liche Güterrecht in Westfalen; der Bericht selbst wird erst morgen im Druck erscheinen.

Die 6te Sitzung des Hauses der Abgeordneten findet Sonnabend, den 28. Januar, Mittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1) Beschlußnahme über die Zusammenberufung einer Kommission zur Vorberathung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten. 2) Erster Bericht der Kommission für Petitionen.

[Kreiständische Petitionen.] Der „Staats-Anzeiger“ bringt nachstehenden wichtigen Bescheid vom 19. Jan. 1860 — betreffend die von den Kreisständen bei Petitionen zu beobachtende Form.

Es. u. den übrigen Herren Unterzeichnern der Eingabe d. d. 10. den 10. v. M. erwidere ich auf dieselbe ergebenst, daß die Verfügung des Hrn. Ober-Präsidenten vom 10. August pr., durch welche die von den Prinz-Regenten königlicher Hohheit mir ohne besondere allerhöchste Bestimmung überwiesene Immediat-Petition vom 23. Mai pr. aus dem formellen Grunde als zur Berücksichtigung nicht geeignet bezeichnet wird, weil derselben ein nach Maßgabe der allerhöchsten Kabinettsordre vom 27. Januar 1830 gefaßter Kreisbescheid nicht zum Grunde lag, vollständig gerechtfertigt ist. — Daß es, wie Es. ic. jetzt anführen, in der Absicht der Petenten gelegen habe, sich nicht als Kreisstände, sondern als Einzelne zu geriren, war aus der Petition nicht zu entnehmen, da sich die Bittsteller in dieser ausdrücklich „die unterzeichneten Stände des N. Kreises“ genannt hatten.

Wenn Es. ic. wiederholt auf diese Angelegenheit zurückkommen und die Ansicht, daß die Kreisstände wohl befugt seien, Petitionen in Bezug auf das Circular-Kreistage vom 17. April v. J. abzufassen, hauptsächlich auf die Kabinettsordre vom 27ten Januar 1830 stützen, so bemerke ich ergebenst, daß dieses Gesetz weder in dem § 4 noch in seinen sonstigen Bestimmungen einen Anhalt hierfür bietet.

Dieser allerhöchste Erlaß regelt das kreiständische Petitionsrecht nicht nach seiner materiellen, sondern lediglich nach seiner formellen Seite. Er hat, wie in dem Eingange ausdrücklich hervorgehoben ist, ausschließlich den Zweck, den aus der Nichtbeachtung der Form entspringenden Mißbrauch zu beseitigen, und indem er unter Bezugnahme auf die in gesetzlicher Kraft bestehenden Kreis-Ordnungen, die als allein zulässige Form für Petitionen, deren Beschlußnahme und Berathung auf dem ordnungsmäßig convocirten Kreistage anerkannt, schließen sich die Einzelbestimmungen auch lediglich diesem Gesetze an. Der § 1 enthält die nähere Ausführung dieser Vorschrift, und in den §§ 2 und 3 sind Bestimmungen getroffen, um die Convocation des Kreistages in schleunigen Fällen und selbst dann zu ermöglichen, wenn entweder der Landrath auf diese Zusammenberufung einzugehen Anstand nimmt, oder wenn es sich um eine Beschwerde über den Landrath selbst handelt. An diese Vorschriften schließt sich der § 4, und wenn er bestimmt, daß es den Mitgliedern der Kreisversammlungen und diesen selbst in allen Fällen gestattet sein soll, sich an die allerhöchste Person Sr. Majestät des Königs und an die Behörden zu wenden, so wiederholt er erinnernd, wie auch ausdrücklich im Eingange hervorgehoben ist, nur die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, und macht andererseits speziell darauf aufmerksam, daß er nur die formelle Seite der Sache hat normiren wollen. Aus diesem Grunde ist auf den vorgeschriebenen Gang, in welchem Gesuche und Anträge dieser Art sich zu bewegen haben, Bezug genommen, und aus diesem Grunde ist am Schlusse ausdrücklich wiederholt, daß es bei diesen Petitionen in Hinsicht der Unterchrift bei den vorher ertheilten Vorschriften lediglich zu beobachten hat, d. h. daß die Kreisversammlung als solche an die Bestimmung im § 1 gebunden ist, während es den Mitgliedern des Kreistages freisteht, als Singuli, nicht im Namen des Kreistages zu petitioniren.

Die materielle Entscheidung der Frage ist nicht minder gesetzlich geregelt.

Die Kreise sind gesetzlich als Korporationen anerkannt, die Verhältnisse und Rechte der Korporationen aber sind nach § 26, Titel 6, Zbl. 2 A. L. R. nach den bei ihrer Einrichtung geschlossenen Verträgen oder ertheilten Stiftungsbriefen, nach den Privilegien oder Konzeßionen, welche sie erhalten haben, und endlich nach den von ihnen gefaßten und vom Staate genehmigten Beschlüssen zu beurtheilen.

Die Stiftungsurkunden resp. Privilegien und Konzeßionen für die Kreise sind die Kreisordnungen, in diesen aber ist übereinstimmend der Wirkungsbereich der Kreisversammlungen, als der Organe der Kreise, ausdrücklich dahin fixirt, daß sie lediglich berufen sind, die Kreisverwaltung des Landraths in kommunal-Angelegenheiten zu unterstützen und zu begleiten.

Dieser Wirkungsbereich hat zwar durch die Verordnungen vom Jahre 1841 und 1842 eine nicht wesentliche Erweiterung erfahren. Die Kreisversammlungen sind dadurch für berechtigt erklärt worden, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingesessenen zu belasten, allein es ist auch hier die ursprüngliche in der Natur der Sache und den allgemeinen Gesetzen begründete Grenze festgehalten worden, daß diese Beschlüsse sich nur auf den Kreis und die speziellen Interessen desselben beschränken dürfen.

Folgt schon hieraus, daß die Kreisversammlungen nicht befugt sind, allgemeine Angelegenheiten zu erörtern, so ergibt sich dies auch aus positiv gesetzlichen Bestimmungen. Fragen dieser Art waren nach dem Gesetz vom 5. Juni 1823 (G.-S. S. 129) nur den Provinzialständen vorbehalten, und auch diesen nur so lange, als die allgemeinen Reichsstände nicht ins Leben gerufen waren. Durch die Gesetze vom 3. Februar 1847, und durch die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 hat dieses Interimistum sein Ende erreicht, und wie früher vor den vereinigten Landtag, so gehören jetzt legislativische und allgemeine, die ganze Monarchie betreffende Fragen ausschließlich vor die Landesvertretung. Wenn hiernach die Kompetenz der Provinziallandtage in dieser Beziehung gesetzlich erloschen ist, so kann dieselbe für die Kreistage um so weniger anerkannt werden, als sie für dieselben niemals, auch nicht einmal interimistisch bestanden hat.

Nur so weit können die Kreisversammlungen Angelegenheiten dieser Art in den Kreis ihrer Berathungen ziehen, und dieselben zum Gegenstande von Immediat- und sonstigen Vorstellungen unter Beobachtung der in der Kabinettsordre vom 27. Januar 1830 vorgeschriebenen Formen machen, als die besonderen Interessen des Kreises, welchen sie vertreten, hierzu Anlaß geben, und als diese Interessen in nachzuweisenden thatsächlichen Verhältnissen beruhen. In diesem Sinne hat sich bereits ein Reskript vom 10. Mai 1831 ausgesprochen, und in demselben Sinne ist das Reskript vom 17. April v. J. erlassen, dies auch in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 9. Mai v. J. in Folge der Interpellation des Grafen von Biedler, so wie demnach in einer an mehrere Provinzialbehörden unter d. 30. Mai v. J. erlassenen Verfügung von meinem Hrn. Amtsvorgänger anerkannt worden.

Die diese mit den Gesetzen und mit der Verfassung im Einklange stehende Auffassung bin auch ich gebunden.

Glauben Es. N. Sich hierbei nicht beruhigen zu können, sondern bei dem Kreistage die Beschreibung des Beschwerverweges über meine Auffassung und Anwendung der allerhöchsten Kabinettsordre vom 27. Januar 1830 beantragen zu müssen, so will ich Ihnen hierin nicht entgegen treten, überlasse Ihnen vielmehr, die auf Anberaumung eines Kreistages abzielenden Anträge bei dem Landrathe zu stellen, welcher denselben Folge zu geben fernern nicht Anstand nehmen wird.

Berlin, den 19. Januar 1860.
Der Minister des Innern. Graf von Schwerin.

Frankreich.

Paris, 24. Januar. Die Thronrede der Königin von England, die in 42 Minuten auf drei Drähten von London herüber befördert wurde, machte besonders deswegen wenig Eindruck hier selbst, weil sie in Bezug auf den Handelsvertrag nur sagte, daß man sich „mit dem Kaiser der Franzosen in Verbindung gesetzt hat, um den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern auszudehnen“, ohne den Abschluß des Vertrages zu melden. Indes ist an diesem Abschluß nicht zu zweifeln. (S. die tel. D. in Nr. 45 d. J.)

Im Allgemeinen kann der Eindruck nur als ein ungünstiger, wenigstens unbefriedigender bezeichnet werden. Man ist heute überhaupt in den gouvernementalen Kreisen weniger zuversichtlich, nicht als ob man an einer friedlichen Lösung durchaus zweifelte, aber aus Turin angekommene Nachrichten beunruhigen. Das dortige Ministerium soll sein Verbleiben an eine außergewöhnliche Reduktion der Armee geknüpft haben, ohne welche eine Aufhilfe der Finanzen unmöglich sei, der Kaiser aber soll hierin nicht willigen wollen Angesichts der politischen Constellation Europa's.

Großbritannien.

London, 24. Januar. [Die englische Thronrede.] Die Rede, mit welcher die Königin Victoria die diesjährige Session des Parlaments eröffnet hat, liegt uns jetzt vollständig vor. Sie lautet, wie folgt:

My Lords und meine Herren!
Mit großer Befriedigung sehe ich Sie wiederum zu einem Parlamente versammelt und nehme abermals Ihren Beistand und Rath in Anspruch.
Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortwährend auf freundschaftlichem und berriedigendem Fuße.
Am Schlusse der letzten Session setzte ich Sie davon in Kenntniß, daß mir Eröffnungen gemacht worden seien, um Gewisheit darüber zu erlangen, ob, im Falle von den Großmächten Europas eine Konferenz gehalten würde zur Regelung des jetzigen Zustandes und der künftigen Lage Italiens, ein Bevollmächtigter von mir zur Theilnahme an jener Konferenz abgedacht werden würde.

Seitdem habe ich vom Kaiser von Oesterreich und vom Kaiser der Franzosen eine formelle Einladung erhalten, einen Bevollmächtigten abzusenden zu einem Congresse, der aus den Vertretern der acht Mächte bestehen soll, welche die Wiener Verträge von 1815 unterzeichnet haben. Als Gegenstände, womit sich der Congreß zu beschäftigen hätte, wurden die Entgegennahme von Mittheilungen über die zurückerhaltene Verträge, so wie Berathungen bezeichnet, in welchen die oben erwähnten Mächte mit Sinzugziehung der Höhe von Rom, Savinien und der beiden Sicilien auf Mittel sinnen sollten, die am besten geeignet wären, Italien zu pacifiziren und dessen Wohlfahrt auf solider und dauerhafter Grundlauge festzustellen.

Zu jeder Zeit von dem Wunsche befeelt, mich bei Handlungen zu betheiligen, deren Zweck die Erhaltung des Friedens ist, habe ich die Einladung angenommen: aber zu gleicher Zeit that ich kund, ich sei entschlossen, in einem solchen Congresse das Princip beharrlich festzuhalten, daß keine äußere Gewalt gebraucht werde, um dem Volke Italiens eine bestimmte Regierung oder Verfassung aufzuzwingen. Es sind Umstände eingetreten, welche eine Vertagung des Congresses herbeiführten, ohne daß ein bestimmter Tag für seinen Zusammentritt festgesetzt ist. Aber, sei es in einem Congresse oder in besonderer Verhandlung, ich werde bemüht sein, für das italienische Volk Freiheit von auswärtiger Einmischung durch Waffengewalt in seinen innern Angelegenheiten zu erlangen, und ich hege das Vertrauen, daß die Angelegenheiten der italienischen Halbinsel friedlich und in befriedigender Weise

